

Frischlucht für die Weltbank

Die Ernennung Paul Romers zum Chefökonom könnte die Institution experimentierfreudiger machen

Paul Romer hat die Grundsätze der Mainstream-Ökonomie auf den Kopf gestellt. Ob er seine Erkenntnisse als neuer Weltbank-Chefökonom in die Praxis umsetzen kann, bleibt offen. Die Widerstände sind gross.

PHILIPP AERNI

Die Ernennung von Paul Romer zum neuen Chefökonom der Weltbank ist in den sozialen Netzwerken als Rückkehr zum «Washington Consensus» beklagt worden. Dabei hat gerade Romer den mit diesem Konsens verbundenen exklusiven Fokus auf makroökonomische Stabilität durch Handelsliberalisierung, Deregulierung und Privatisierung als zu einseitig kritisiert. Auch seine Idee, sogenannte «Charter Cities» (Städte mit eigener Verfassung) im Stil von effizient verwalteten Unternehmen in Entwicklungsländern zu errichten, gilt als neoliberal, wenn nicht gar libertär. Romer wird vorgeworfen «Gated Communities» für Reiche schaffen zu wollen. Die Geschichte zeigt jedoch, dass von solchen Städten primär die Ausgegrenzten und Rechtlosen profitierten.

Monopolistischer Wettbewerb

Die Skepsis gegenüber Paul Romer kommt nicht nur von links, sondern auch von eher konservativen Ökonomen. Diese nehmen ihm seinen im Mai 2015 in der «American Economic Review» publizierten Artikel übel. Romer kritisiert darin den Missbrauch der Mathematik in den Wirtschaftswissenschaften. Diese «Mathiness», wie er sie nennt, trage mehr zur Verschleierung als zur Klarstellung von wirtschaftlichen Tatsachen bei. Seine Kritik kann in der Ökonomie nicht einfach ignoriert werden, denn Paul Romer selbst gehört zu den fähigsten Mathematikern in den Wirtschaftswissenschaften.

In seinem bahnbrechenden Artikel zum endogenen technischen Wandel im «Journal of Political Economy» benutzte Romer bereits 1990 die formale Sprache der neoklassischen Ökonomie, um einige ihrer wichtigsten Grundannahmen zu disqualifizieren. So legte er dar, dass es monopolistischer und nicht perfekter Wettbewerb ist, der das Marktgeschehen dominiert und letztlich Wohl-

fahrt für alle schafft. Der monopolistische Wettbewerb entsteht durch Unternehmen, die in Wissen investieren, um Innovation zu schaffen, die ihnen eine temporäre Monopolstellung ermöglicht. Dadurch können sie den Preis ihrer Innovation für eine bestimmte Zeit selbst bestimmen und entsprechende Profite erzielen. Durch diesen Prozess der monopolistischen Konkurrenz werden laufend neue Güter und Dienstleistungen verfügbar. Diese schaffen Wohlfahrtseffekte, die insbesondere langfristig von Bedeutung sind; denn durch konkurrenzbedingte Qualitätsverbesserungen und Preissenkungen werden die Produkte auch ärmeren Schichten zugänglich. So entsteht jedoch nicht perfekter Wettbewerb, bei dem sich die Marktteilnehmer nur noch passiv an einen exogen gegebenen technischen Fortschritt anpassen. Unternehmen sind immer aktive Marktteilnehmer, die versuchen, ihre Marktstellung durch Innovation auszubauen.

Wissen ist endogen

«Wissen» darf in einem solchen Wettbewerb daher nicht als exogen erzeugtes und frei verfügbares öffentliches Gut verstanden werden. Vielmehr wird neues Wissen endogen, also durch die Unternehmen selbst, geschaffen, um ihre Marktposition durch Innovation zu stärken. Dies wirkt sich aber insgesamt auch positiv für die Gesellschaft als Ganzes aus, denn neues Wissen, das nicht konkret genutzt wird, schafft auch keinen konkreten sozialen Wert.

Nicht rivalisierendes Gut

Als Produktionsfaktor ist Wissen auch von zentraler Bedeutung für die globale Nachhaltigkeit, denn es ist die einzige nicht knappe Ressource, die mit zunehmendem Gebrauch nicht an Wert verliert, sondern an Wert gewinnt. Dennoch wird dieser Faktor in der Analyse der Totalen Faktorproduktivität nach wie vor als Residualgrösse «technischer Fortschritt» deklariert. Ein Grund dafür mag in der Tatsache liegen, dass sich die Ökonomie vor allem als Wissenschaft der optimalen Allokation von knappen Ressourcen versteht. Im Zeitalter der globalen Wissensökonomie sollte sie sich aber auch mit der Frage beschäftigen, wie der Wert von neuem Wissen als nicht rivalisierendes Gut vergrössert werden kann.

Im Artikel in der «American Economic Review» beklagt sich Romer, dass selbst viele Ökonomen, die sich heutzutage mit der endogenen Wachstumstheorie beschäftigen, nicht gewillt sind, seine Grundeinsichten in ihren Modellen zu berücksichtigen, da dies einen fundamentalen Paradigmenwechsel zur Folge hätte, der das Ökonomiestudium auf den Kopf stellen würde.

Als frischgebackener Chefökonom der Weltbank hat er nun zumindest die Chance, seine endogene Wachstumstheorie in die Praxis umzusetzen. Eine nach seinen Grundsätzen ausgerichtete Entwicklungspolitik wird sich wohl stärker auf die Ermöglichung des Wandels und weniger auf die Regulierung des Wandels konzentrieren. Es geht dabei weniger um Korrekturmassnahmen bei Marktversagen als um die Schaffung von neuen Märkten. Dabei werden die bessere Nutzung von neuem Wissen zur Schaffung von wohlfahrtssteigernden Innovationen und deren rasche Adaption in Entwicklungsländern im Fokus stehen; denn die Abkoppelung des Ressourcenverbrauchs vom globalen Bevölkerung- und Wohlstandswachstum wird nur über skalierbare Innovation möglich sein.

Das Risiko des Staatsversagens will Romer mit der Schaffung von «Charter Cities» minimieren. Die Idee basiert auf der Einsicht, dass Institutionen, die sich bei der Verwaltung von Städten bewährt haben, auch nützlich sein könnten bei der Schaffung von neuen Städten. Gute Regeln sind wie brauchbare Rezepte und Instruktionen: Man kann mit ihnen experimentieren, um lokale Probleme zu lösen oder lokale Güter herzustellen, die man sonst importieren müsste.

Der Vorwurf, dass Romer seine «Charter Cities» Entwicklungsländern aufzwingen will, steht im Widerspruch zur Tatsache, dass seine Initiativen auf Freiwilligkeit beruhen. Kein Staat wird gezwungen, solche autonomen Stadtregierungen zu schaffen, und wenn sie tatsächlich gebaut würden, wäre ja niemand gezwungen, dorthin zu ziehen.

Denkmuster hinterfragen

Was linke Aktivisten und konservative Ökonomen eint im Widerstand gegen Paul Romer ist die Angst vor dem Erfolg seines experimentellen Ansatzes; denn dadurch würden ihre eigenen planungsorientierten Ansätze infrage gestellt. In Anbetracht der wachsenden und nach

wie vor ungelösten globalen Herausforderungen wäre ein Hinterfragen etablierter Denkmuster sicherlich wünschenswert, wenn nicht sogar dringend notwendig.

Philipp Aerni ist Direktor am Center for Corporate Responsibility and Sustainability (CCRS) der Universität Zürich.